

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. Juli 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 77.

## Aus dem Auslande.

**Dänemark.** So ist es doch noch gelungen, eine Einigung zustande zu bringen. Aber es hat schwer gehalten. Am Montag, 28. Juni, wurden die Verhandlungen unter Hinzuziehung eines Vertreters des Arbeitgebervereins und eines solchen der zusammenwirkenden Fachvereine wieder aufgenommen. Nachdem die vorliegende Situation besprochen worden war, beschloß man, einen engeren Ausschuß einzusetzen, der die Verhandlungen weiter führen sollte. Diese wurden am Dienstag und Mittwoch fortgesetzt und hatten am Donnerstag mittag, da das dänische Verbandsorgan in Druck ging, noch kein Resultat ergeben. Es scheint zu diesem Zeitpunkt: Das hat in der vergangenen Zeit mehreremal ausgefallen, als ob keine Möglichkeit war, ein Resultat zu erreichen, und die Situation war derartig, daß man es für ausgeschlossen betrachtete, auf friedlichem Weg eine Lösung zu erreichen. Es wurde jedoch beschlossen, nachdem auch der engere Ausschuß so weit gekommen war, daß er keine Grundlage fand, auf Grund derer man weiter verhandeln konnte, im Laufe dieses Tags noch einen letzten Versuch zu machen, um ein Übereinkommen zu erzielen.

Es scheint, als ob Herr Banggaard (Vertreter des Arbeitgebervereins), nach seinem ganzen Verhalten zu urteilen, andere Arbeitgeberinteressen wagt, als die der Buchdruckerbesitzer, ein Umstand, der natürlich nicht beiträgt, die Arbeit für eine friedliche Lösung zu erleichtern. Der Tarif ist inzwischen abgelassen und die Provinztypographen stehen demzufolge ohne verpflichtende Arbeitsbedingungen: vorläufig wird jedoch die Arbeit zu den alten Bedingungen fortgesetzt.

Soweit das Verbandsorgan. Wie den Kopenhagener Tageszeitungen zu entnehmen ist, ist der letzte Versuch aber doch noch gescheitert. Der neue Provinztarif teilt die verschiedenen Druckorte drei Lohnklassen zu, bisher vier, verlangt wurden gefühlensweise nur zwei Lohnklassen. Die bisherigen drei niedrigsten Lohnklassen erhalten eine Zulage von 2 Kr., die höchste eine solche von 1 Kr. Der neue Tarif hat eine Gültigkeitsdauer von drei Jahren, wird er nicht gekündigt, läuft er weitere drei Jahre, doch tritt dann von 1912 ab eine halbjährliche Verkürzung der Arbeitszeit von neun auf achteinhalb Stunden ein und damit gleichzeitig eine Erhöhung des Laufendpreises um 2 Ore. Der neue Tarif wird nun den Gehilfen sowohl wie Prinzipalen zur Abstimmung unterbreitet, und läuft der alte so lange weiter, bis der neue endgültig angenommen ist. Dieser soll jedoch rückwirkende Kraft besitzen, so daß die Zulage eventuell ab 1. Juli nachgezahlt wird. Über den Maschinenheftarbeit war noch nichts in Erfahrung zu bringen. In Anbetracht der überaus großen Arbeitslosigkeit in ganz Dänemark und ferner, daß sämtliche andre Gewerbe, deren Tarife in dieser Zeit abgelassen waren, auf jede Verbesserung verzichteten und froh sein mußten, die alten Bedingungen behalten zu können, ist das Resultat der Provinztarifverhandlungen als ein außerordentlich gutes für die Gehilfen zu nennen.

Durch die Einführung des staatlichen und kommunalen Zuschusses zur Arbeitslosenunterstützung in Dänemark ist auch die Frage des Arbeitsnachweises wieder aktuell geworden. Die Behörden verlangen Garantien darüber, daß den Arbeitslosen auf schnellstem Wege sich wiedernde Arbeitsgelegenheit im Fach nachgewiesen wird. Wie bereits früher an dieser Stelle mitgeteilt, hatten die dänischen Prinzipale schon vor längerer Zeit einen Arbeitsnachweis errichtet, der gleichzeitig als Auskunftsbureau über die Gehilfen dienen sollte. Von Seiten des Verbandes wurde den Mitgliedern die Benutzung dieses Arbeitsnachweises verboten, und so ist denn diese Einrichtung auch wieder von der Wildflaute verschwunden. Seitdem ist die Arbeitsvermittlung ausschließlich durch das Verbandsbureau erfolgt. Vom staatlichen Arbeitsloseninspektorate sind nun auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes Hauptregeln für die Arbeitsnachweise aufgestellt worden, nach denen sich nun auch die Arbeitslosenunterstützungskasse für Buchdrucker zu richten hat. Diese Hauptregeln sind sehr vernünftig abgefaßt. Sie bestimmen, daß der Arbeitsnachweis absolut neutral sein soll und keinem andern Zwecke dienen soll als der Vermittlung drückender Arbeitskräfte an die Arbeitgeber. Bei Streiks und Ausperrungen hat der Arbeitsnachweis seine Tätigkeit einzustellen. Wo besondere Eigenschaften und Qualifikationen in das rechte Verhältnis zu dem

Verlangen und Angebote der Arbeitgeber gebracht werden sollen, ist ein Abweichen von der Nummernfolge erlaubt. Dem Arbeitsloseninspektorate ist es gestattet, sich zu überzeugen, daß diese Regeln eingehalten werden. Auf Veranlassung und unter Leitung des Arbeitsloseninspektors haben nun zwischen dem Vorsitzenden des Prinzipalvereins und dem Geschäftsführer des Verbandes Verhandlungen stattgefunden, die in einem Verträge gipfeln, nach welchem die Arbeitsnachweisung im Buchdruckgewerbe vorläufig auf ein Jahr vor sich gehen soll. Durch diesen Vertrag bleibt der jetzige Arbeitsnachweis der Gehilfen bestehen, die Prinzipale tragen zu den Kosten mit bei und bekommen eine Kontrolle über seine Tätigkeit eingeräumt. Alles in allem: der Arbeitsnachweis blüht einen, allerdings nur geringen Teil seiner Selbständigkeit ein. Dafür ist aber Aussicht vorhanden, daß in Zukunft ein besseres Verhältnis zwischen Prinzipal- und Gehilfenorganisation Platz greift. Da es aber ohne Opposition nur einmal nicht geht (wie in diesem Falle von zwei Vorstandsmitgliedern der Arbeitslosenunterstützungskasse für Buchdrucker ausgeht), so soll der Vertrag den Mitgliedern der genannten Kasse (das sind sämtliche Verbandsmitglieder) zur Abstimmung vorgelegt werden.

Daß die Arbeitslosigkeit in Kopenhagen zurzeit groß ist, läßt der Redaktionsbericht für das erste Quartal 1909 des dortigen Ortsvereins erkennen. Nach diesem hatte die Arbeitslosenklasse eine Einnahme von 6855 Kr. und eine Ausgabe von 7863,25 Kr., mithin ein Defizit von 1007,75 Kr.

Im dänischen Verbandsorgan ist zu lesen: Unser Mitglied Laurits Jensen, der seine Laufbahn als Seherlehrer begann, hat sich jetzt in Kopenhagen als Rechtsanwalt am Oberlandesgerichte niedergelassen. Außer durch seine Mitgliedschaft gehört Jensen noch durch seine Stellung als Sekretär beim Schiedsgerichte zu uns Buchdruckern. Er ist zugleich Stenographenassistent am Reichstage.

**Schweden.** Von der Regierung (Abteilung für Arbeiterstatistik) ist jetzt ein 610 Seiten umfassendes Werk über die Verhältnisse im Buchdruckgewerbe herausgegeben worden. Es sollte bereits vor einigen Jahren erschienen, die Ermittlungen begannen bereits 1903, mußten aber wegen anderer dringender Arbeiten zurückgestellt werden. Daher erstrecken sich die Untersuchungen auf eine ganze Anzahl von Jahren, so daß auch noch die letzte Arbeitsbewegung ausführlich mit behandelt worden ist. Diese statistischen Erhebungen erstrecken sich auf alle nur erdenklichen Verhältnisse der Druckereiarbeiter. Außer Anzahl, Alter und Umfang der Druckereien verbreitet sich die Statistik über Anzahl, Alter und Geschlecht der beschäftigten Arbeiter, wieviel ledig und wieviel verheiratet sind, wieviel Kinder sie haben, wo sie geboren sind und welchen Berufen die Väter angehörten. Des weiteren darüber, welchen Unterricht die Arbeiter im In- und Auslande genossen haben, welches Alter sie hatten bei Eintritt in den Beruf, und wie lange sie in den einzelnen Betrieben beschäftigt waren. Ganz ausführlich werden die Wohnungsverhältnisse behandelt. Diese sind für die Angehörigen des Buchdruckergewerbes wie überhaupt in ganz Schweden im allgemeinen sehr schlecht. So haben 52,4 Proz., also über die Hälfte, der Verheirateten nur eine Stube und Küche zur Verfügung, 34,3 Proz. haben zwei Stuben und Küche und nur 7,9 Proz. können sich eine größere Wohnung leisten, von der aber die meisten abvermieten.

Von einer Seitenzeitung berichtet das schwedische Verbandsorgan: Es teilt mit, daß in einer Stockholmer Druckerei zwei Gefangene ihren 70. Geburtstag feiern konnten. Dem dritten Geßpan war dies bereits vor drei Jahren beschieden. Diese eine Gasse repräsentiert also ein Alter von 213 Jahren.

**Norwegen.** Das erste Quartal 1909 ist in finanzieller Beziehung als ein gutes für den Verband zu bezeichnen. Überschüsse in sämtlichen Kassen sind daher die erfreuliche Signatur der ersten drei Monate von 1909.

Wie bereits mitgeteilt, hatten die Prinzipale in Kristiania die dortige Abteilung des Verbandes um einen Beitrag zur Fachschule ersucht, was unter der Bedingung bewilligt wurde, daß der Gehilfenschaft ein Sitz im Fachschulsausschuß eingeräumt werde. Dieses Verlangen haben die Prinzipale erfüllt. Die Gehilfen haben daraufhin für dieses Jahr 100 Kr. zur Fachschule bewilligt.

Wie verlautet, sind die Maschinenhefter in Kristiania an der Ausarbeitung eines Maschinenheftertarifs. Die Prinzipale haben sich in dieser Frage schon seit Jahren passiv verhalten, während die Gehilfen bestrebt waren, die Verhältnisse allein zu regeln. Es ist darum schon seit Jahren in jeder Nummer der „Typografische Meddelelser“ auf der ersten Seite zu lesen: „Niemand darf in Norwegen Stellung als Maschinenhefter annehmen ohne vorherige Konferenz mit dem Geschäftsführer des Verbandes“.

Vor Kurzem hatte der Vorstand der Verbandsabteilung Kristiania eine festliche Veranstaltung für die Druckereikassierer und Vertrauensleute mit Gratisbewirtung veranstaltet. Es sollte dies eine kleine Anerkennung sein für die oft zeitraubende und ohne Entschädigung auszuführende Tätigkeit der betreffenden Funktionäre im Interesse des Verbandes.

Uns Ramsos wird von der Unverfrorenheit eines Arbeitswilligen ein nettes Stüchchen berichtet. Ein früherer Schriftsetzer und jetziger Arbeiter in einer Sägmühle hat nämlich ein Gesuch an den König gerichtet, in dem er diesen bittet, ihm Hilfe zuteil werden zu lassen zwecks Errichtung einer Druckerei. In dem Gesuche heißt es u. a.: „Ich kann keine Arbeit mehr im Fach bekommen, da ich Streikbrecher bin.“

**Frankreich.** Daß sich die „siebente Großmacht“ oft willig einer andern Großmacht, der des Mammons, unterwirft, dafür spricht ein Artikel in der „Humanité“ herbe Worte. Die großen Pariser Zeitungen haben in ihrem Anhang sogenannte „Bulletin financiers“ (Börsepublikationen). Aktiengesellschaften und sonstige industrielle Unternehmungen bezahlen nun häufig dieses „Bulletin financier“ nicht vielleicht für die veröffentlichten Zeiten, sondern — für das Schweigen, wenn sie das nicht sagen, was die Aktien ungünstig beeinflussen könnte. Wenn aber solche unbedingt an den Mann gebracht werden sollen, müssen sie einen Lobgesang anstimmen. Einigen Zeitungen wird nachgesagt, daß sie — um einen Fall von vielen zu zitieren —, als die Banken die Aktien der Gasgesellschaft in Umlauf setzten, 18—20000 Franken, ja solche mit großer Lust gar 80000 Franken einstapferten, damit der „unparteiliche“ Börseredakteur den Enthusiasmus der Käufer etwas anrege. Bis jetzt waren diese Bulletins noch immer mehr oder weniger abhängig von den einzelnen Zeitungsdirektoren, auch dies letzte Hindernis dürfte bald beseitigt sein. Die Gründung eines „Trusts der Bulletin financiers“, der über Millionen verfügt, soll nämlich so weit vorgeschritten sein, daß mit den Ankäufen der „Bulletin financiers“ der einzelnen Zeitungen begonnen wurde, die mittels des Geldsacks einfach ins Jenseits befördert werden. Das „Bulletin financier“ der „Petit Parisien“ wurde gegen eine jährliche Entschädigung von 650000 Franken, das der „Gaulois“ für 250000, das des „Echo de Paris“ ebenso für 250000 Franken ufm. angekauft. Diese ganzen Bulletins sollen nun in einem einzigen „Bulletin financiers“, Organ des Trusts, ihre Auferstehung feiern, das sich somit die günstige oder ungünstige Beeinflussung des gesamten Geldmarktes aneignen würde. Bedenkt man, welche horrenden Summen schon diese Ankäufe verschlingen, und zählt man noch einige fette Direktorengelbter dazu, so muß man herzliches Mitleid mit denen haben, die geschöpft werden sollen, um das äußere Geschäft im Schwunge zu erhalten. Für uns jedoch ist eine Schädigung mit dieser forumpierenden Neuerung verbunden, nämlich eine starke Beschneidung des Specks der Zeitungsalters.

Die Buchdrucker als Avantgarde! Über den Ursprung des Streikrechts in Frankreich schreibt der Almanach von 1909 des „Petit Journal“: Das Streikrecht, wie wir es heute besitzen, reicht nicht weiter zurück als in das zweite Kaiserreich. Es war im Jahre 1863, als die Buchdrucker in Marseille, unzufrieden mit dem seitherigen Tarife, dessen Revision im Sinn einer Lohnaufbesserung verlangten. Das kollektive Verlangen der Gehilfen wurde von den Prinzipalen abgelehnt. Nachdem erstere auch ihre dann ernährten Forderungen nicht durchdrücken konnten, traten sie in den ersten Streik, der nicht wenig Aufsehen erregte. Zu jener Zeit verbot das französische Gesetz noch das Koalitionsrecht, die streikenden Kollegen wurden deshalb wegen Übertretung der Gesetze verfolgt und mit Gefängnisstrafen belegt. Dies konnte aber nicht verhindern, daß sie die ungeteilte Volksgunst besaßen. Dieser Umstand beunruhigte Napoleon III. und seine Umgebung und er begnadigte die Beurteilten.



# Beilage zum Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 8. Juli 1909.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 77.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

spruch hatte den Erfolg, daß die Anträge mit großer Mehrheit abgelehnt wurden. Und zu guter Letzt setzte die Mehrheit dann noch durch, daß als Vertreter des westfälischen Verbandes zu der demnächst stattfindenden Tagung der Landesverbände in Eisenach auch der oben erwähnte Parteisekretär Kühle entsandt wurde. Dieser Verbandstag hat nun inwieweit ebenfalls stattgefunden und die Verhandlungen auf demselben über diesen Punkt sind interessant genug, um auch an dieser Stelle besonders registriert zu werden. Der Hauptpunkt der Tagesordnung: „Ausgestaltung der Sozialdemokratie“, umfaßte die Beratung der eingangs schon erwähnten Anträge und die Begründung derselben wurde durch den stellvertretenden Vorsitzenden Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Westphal (Berlin) gegeben. Er führte dazu aus: „Der Antrag des Bundesvorstandes, der von Hessen, Sachsen und Württemberg angeregt und der vom preussischen Abgeordnetenrat längst angenommen sei, solle keine Vernichtung der Kameraden darstellen. Wir wollen einfach keine Sozialdemokraten mehr unter uns. Daß wir ein Recht haben, uns der Sozialdemokratie zu erwehren, steht fest. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist immer ein Hauptgrundfaß des Bundes gewesen. Wir müssen aber auch die Kameradenarbeiter gegen die Sozialdemokratie schützen. Die Kameradenarbeiter haben schwer unter dem Terrorismus der Gewerkschaften zu leiden. Der Punkt 2 des Antrags räumt damit ein für allemal auf. Er verheißt sich nicht, daß die Maßregel etwas schroff sei und nicht überall leicht durchführbar wäre. Aber man brauche diesen Paragraphen ja nicht gleich schroff zu handhaben. Die Hauptsache würde zunächst bleiben, die Arbeiterkameraden aufzufordern, aus den Gewerkschaften auszutreten und in Arbeiterorganisationen einzutreten, die auf nationalem Boden stünden. Jeder Verein oder Verband, der der Ansicht ist, daß es sich vereinbaren ließe, daß man gleichzeitig Mitglied eines Kriegervereins und einer freien Gewerkschaft sei, verstößt gegen den obersten Grundfaß des Kriegervereinswesens. Es sei dagegen recht hübsch, wenn man diese scharfe Maßregel gegen die Gewerkschaften zunächst milde handhaben.“ Auch hier setzte auf diese Darlegungen eine sehr scharfe Opposition ein und der schon erwähnte freisinnige Parteisekretär Kühle (Hagen) protestierte unter stürmischem Beifalle der Abgeordneten gegen diese Anhebungsversuche. Er wies darauf hin, daß die Beifügung der Anträge von ganz falschen Voraussetzungen ausgingen. Die gewerkschaftlichen Organisationen verfolgten in erster Linie wirtschaftliche Ziele. Das trete z. B. bei den Buchdruckern deutlich zutage. Einen Buchdrucker, der Krieger sei, zu zwingen, aus seiner Gewerkschaft auszutreten, heiße ihn vor den wirtschaftlichen Ruin stellen. Wollte man den Antrag wirklich annehmen, so müsse man auch Konsequenz sein und auch diejenigen Arbeitgeber, die freie Gewerkschaftler beschäftigten, aus dem Bund ausschließen. Der Redner wies dann auf die Krankenkassen hin, die doch zum Teil auch sozialdemokratische Organisationen seien, und wie viel Kameradenarbeiter gehörten ihnen an! Der Antrag entspreche nicht dem praktischen Leben, er sei am grünen Tische gemacht. Man sei mit der Sozialdemokratie bisher immer fertig geworden und werde es auch weiter werden. Man habe sich sicher noch nicht klar gemacht, was es für einen Krieger bedeute, wenn er jetzt aus dem Verein ausgeschlossen würde, nur weil er organisiert sei. Vielfach würde ein solcher Ausschluss als eine Schande aufgefaßt werden. Man würde große Erbitterung damit säen. Das sei die Stimmung im Westen Deutschlands. Dort seien viele Mitglieder der Kriegervereine organisiert. Er bitte im Namen des westfälischen Verbandes, Punkt 2 und 3 des Antrags des Bundesvorstandes abzulehnen. Er spreche im Auftrage von 160000 Kriegern! — Wenn aber schließlich trotz dieser auf Kriegervereinstagen bis jetzt einzig dastehenden Opposition, die Anträge bei der Abstimmung dennoch angenommen wurden, so liegt das eben nur an der Art der Zusammensetzung dieser Abgeordnetenversammlung, wo Militär und Beamten von vornherein die Oberhand haben. Der Stein ist aber im Rollen und nichts wird ihn aufhalten. Es muß zur Klärung und Scheidung kommen! Wenn wir diesen Vorgänge in unsern Verbandsorgan etwas mehr Aufmerksamkeit, als gemeinhin notwendig betrachtet werden könnte, schenken, so geschieht dies aus zweierlei Gründen. Zunächst beweisen diese Befreiungen der Reiter in den Krieger- und Militärvereinen mit aller Deutlichkeit, wohin die Fahrt gehen soll; es wird aber auch dadurch gleichzeitig bewiesen, daß es Mittel und Wege gibt, derartigen gefährlichen weiteren Zersplitterungsversuchen der Arbeiterkräfte gegenüber in den Militärvereinen selbst einen Damm entgegenzusetzen.

Politische Neutralität im christlichen Gewerkschaftslager. In Nr. 6 des „Zentralblatts der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ erschien ein Bericht des bayrischen Sekretariats der christlichen Gewerkschaften, in dem auch der Tagespresse gedacht ist. Darin heißt es

wörtlich: „Die Kartellvorsitzenden und die Vorsitzenden der Ortsgruppen müssen in Zukunft ihren Mitgliedern mehr wie bisher die Zeitungen empfehlen, die auch uns unterstützen.“ Und weiter: „Die Kollegen, die ein Blatt aus der Landeshauptstadt lesen wollen, können den „Bayrischen Kurier“, oder das „Neue Münchner Tageblatt“ abonnieren, die uns beide ihre Spalten zur Verfügung stellen.“ Der „Bayrische Kurier“ war über diese Empfehlung so entzückt, daß er den Verfasser des Berichts einen „hochverdienten Sekretär“ nannte. Wenn bisher mit einem Scheine von Recht in christlichen Gewerkschaftsblättern der gänzlich unnötige Überseher einzelner Mitglieder in den freien Gewerkschaften, denen eine Trennung ihres Parteistandpunktes von den reinen Gewerkschaftsaufgaben nicht möglich war und sie sich infolgedessen da und dort zu einer mehr oder minder aufdringlichen Propaganda für diese oder jene parteipolitische Zeitung in Gewerkschaftsversammlungen und an anderen ungeeigneten Orten drängen ließen, kritisiert wurde, so dürfte auch dieses letzte Müßiggang der christlichen Arbeiterzersplitterer als abgenützt und wertlos in die Pampallammer geworfen werden müssen. Wenn — ja wenn Ehrlichkeit und Offenheit im Kampfe der Meinungsverschiedenheiten auf jener Seite eine Heimstätte hätten.

Maifeier und Kontraktbruch! Wie wir schon in Nr. 67 des „Korr.“ berichtet, wurde durch die Staatsanwaltschaft gegen den verantwortlichen Redakteur der Dortmund „Arbeiterzeitung“ ein Strafverfahren wegen Verleitung zum Kontraktbruch eingeleitet. Dieses Vergehen sollte durch die öffentliche Aufforderung zur Beteiligung an der diesjährigen Maifeier begangen und nach § 110 des Strafgesetzbuchs strafbar sein. Inzwischen hat aber die Staatsanwaltschaft wohl selbst die gänzliche Ausichtslosigkeit des Verfahrens eingesehen und dem Angeklagten schriftlich mitgeteilt, daß das Verfahren gegen ihn eingestellt sei.

Wieder einmal etwas vom neutralen Guttemplerorden. In einem Bittelbriefe, den die „neutrale“ Guttemplerloge in Köln in Fabrikanten- und Kapitalistenkreisen in den letzten Tagen zirkulieren ließ, befindet sich folgender Satz: „Es darf wohl mit Recht gesagt werden, daß unsern Volks gefährlichster Feind der Alkohol ist, welcher, abgesehen von dem unabwendbaren Verlust an Gesundheit, Besitz und Familienglück, in erster Linie die Unzufriedenheit schafft, welche der Ausgangspunkt aller immer höher gestiegenen Arbeiterforderungen ist.“ Dazu hätten wir weiter nichts zu bemerken, als daß diese unerhörte Beschuldigung der Arbeiterschaft von jener Stelle ausgeht, die uns unter der Toga der reinsten Inskuld in Nr. 41 des „Korr.“ zu einer „Nichtigstellung“ veranlaßte, nach welcher speziell die hier in Betracht kommende „neutrale“ Guttemplerloge in Köln es weit von sich wehrt, in irgendeiner näheren Verbindung mit der Streikbrecheriserafgeschicht der Zeitschrift „Deutscher Guttempler“ gebrückt zu werden. Weil wir aber gerade in jenem Fall eine mimosenhafte Empfindlichkeit und hohe Entstrüfungsfähigkeit der Ordensbrüder der Guttemplerzunft konstatieren konnten, so überlassen wir in diesem Falle die Beurteilung der vorstehend publizierten Heldentat dem freien Ermessen unserer Leser selbst.

Ein neuer Bauernbund als Gegenorganisation gegen den unter junterlicher Führung stehenden Bund der Landwirte wurde dieser Tage in Gnesen gegründet. Die Protection dieser Organisation, die sich „Deutscher Bauernbund“ nennt, ist nationalliberal.

Gewerkschaftsnachrichten. Die Arbeiter der Papierfabrik Dill-Weisenstein bei Forzheim sind in den Ausstand getreten. Sie haben eine Erhöhung der überaus geringen Löhne verlangt, diese Betrug seither mit wenigen Ausnahmen für die Maschinenarbeiter 22 bis 27 Pf. pro Stunde. Das Verlangen der Arbeiter wurde schroff zurückgewiesen, und bei der Lohnzahlung am 1. Juli wurden sogar Lohnkürzungen vorgenommen, in einem Falle bis zu 8 Pf. die Stunde. Zugleich wurden einige organisierte Arbeiter gefolteriert. Als Antwort auf diese brutale Maßnahme haben die Arbeiter den sofortigen Ausstand beschloffen. — Der Streik der Zementarbeiter in Sauffen am Neckar dauert immer noch an. — Die Holzarbeiter in Magdeburg sind nunmehr — 131 Mann in vier Werkstätten — in den Ausstand getreten. — Der Bauarbeiterstreik in Landsherg a. W., der nun schon sieben Wochen währt, hat zur Gründung eines Arbeitgeberverbands für die dortigen gewerblichen und industriellen Betriebe geführt. Jetzt erließ dieser junge Scharfmacherverband einen Aufruf, in dem gesagt wird, daß, wer von den streikenden Arbeitern sich nicht sofort bei seinem früheren Arbeitgeber gemeldet hat, um zu den zwischen den Delegierten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten Bedingungen zu arbeiten, in den gewerblichen und industriellen Betrieben Landshergs bis zum 1. Oktober d. J. keine Arbeit erhält. — In Dresden wurde ein Tarifzwischen der Verbandsleitung des Böttcherverbands und den Fassfabriken auf drei Jahre

abgeschlossen, in dem wesentliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegenüber den bisher bestehenden enthalten sind. — Die Rabizpuzer in Leipzig stehen in einer Tarifbewegung. — In Frankenhausen am Kyffhäuser haben die Lederfabrikanten den mit den Arbeitern abgeschlossenen, am 1. August ablaufenden Tarifvertrag gekündigt.

### Eingänge.

Handbibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens, zum Studium und Selbstunterricht in den hauptsächlichsten Wissenszweigen und Sprachen, unter Mitwirkung einer ganzen Anzahl Gelehrter (auch des Auslandes) und Männer der Praxis herausgegeben von Emanuel Müller-Waben. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co. in Berlin. In diesen beiden Bänden von sehr stattlichem Umfang ist eine Riesensammlung von Wissenstoff aufgespeichert, der vorzüglich durchgearbeitet und gegliedert ist und von einem reichen Illustrationsmaterial erläutert wird. Um einen annähernden Überblick zu geben von der Reichhaltigkeit und Vielseitigkeit des Gebotenen, wollen wir aus dem Inhaltsverzeichnis beider Bände die Titel der einzelnen Teile hier anführen: Deutsche Sprache, Briefsteller, Wörterbuch der deutschen Rechtschreibung, Rechnen in allen seinen Disziplinen, Volkstümlicher Lehrgang im Schönschreiben und in der Rundschrift, Stenographie (Gabelsberger und Stolze-Schrey), Buchführung, Erdkunde (mit einem 42 Karten enthaltenden Atlas), Völkerverträge (mit sieben farbigen Tafeln: Volkstrachten und Volkstypen), Französische Sprache, Englische Sprache, Die Grundlagen der Physik, Industrie, Technik und Vortehr (mit zahlreichen Illustrationen und bunten Bildern), Mineralogie, Botanik, Zoologie. Die Bildungsmöglichkeiten sind also ebenso zahlreich wie mannigfaltig. Die beiden Bände sind aber fast zu stark, um noch handlich zu sein. Der Preis mit 25 Mk. für die beiden schön gebundenen Bände ist äußerst wohlfeil.

### Briefkasten.

S. S. N. in Berlin: Die Aufnahme Ihres Artikels wird abgelehnt. — F. H. in Einbeck: Sie haben recht. Haben Sie die sofort nachgehende Karte nicht erhalten? — E. S. in Kolmar: Wir werden sehen, daß wir Ihre Anregung an geeigneter Stelle zur Berücksichtigung bringen können. — F. J. in Naumburg a. S.: Ineratengebühren erhalten. L.

## Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt V7, 11.191.

### Bekanntmachung.

Die bisherige Bestimmung in den Gegenseitigkeitsverträgen, daß auf der Reise erkrankte Mitglieder bereits nach 13 Beiträgen bis zur Dauer eines Jahres (= 364 Tage) Verpflegung im Krankenhause zu erhalten haben, wurde nach Verständigung mit den gegenseitigen Verbänden aufgehoben und dafür festgesetzt:

daß die Dauer der Verpflegung im Krankenhause bei auf der Reise erkrankten Mitgliedern nach den im § 1 der Beschlüsse d (Krankenunterstützung) festgesetzten Beitragswochen zu begrenzen ist.

Bei Erkrankung auf der Reise erhalten also vom

1. Juli ab gegenseitige wie deutsche Mitglieder	bei 13 Beiträgen nur bis zur Dauer von 13 Wochen
" 26 "	" " " " " " " " 26 "
" 52 "	" " " " " " " " 52 "

Verpflegung im Krankenhause auf Kosten der Verbandskasse.

Wir ersuchen die Herren Verbandsfunktionäre, die vorstehende Umänderung recht genau beachten und auch im „Mitgeber“ die auf Seite 27—29 unter den Ziffern 34, 35, 37 und 38 gegebenen Erläuterungen entsprechend umändern zu wollen, damit für die Folge Irrtümer vermieden werden.

Berlin.

Der Verbandsvorstand.

### Bekanntmachung.

Wir ersuchen die verehrl. Funktionäre, uns baldgest. die Adresse des Maschinenhebers Otto Jahl, geb. in Deutsch-Krone am 18. März 1878 (Hauptbuchnummer 37046), mitteilen zu wollen. Das Buch desselben bitte an uns einzuliefern.

Berlin.

Der Verbandsvorstand.

### Bekanntmachung.

Wir ersuchen die verehrl. Vorstände, den Termin für die Einsendung der Statistikarten über die Arbeitslosigkeit im II. Quartale 1909: 13. Juli, pünktlich einzuhalten, da spätere Eingänge unter keinen Um-





